

Stadtkanzlei  
Rathaus, 3602 Thun  
Tel. 033 225 82 21, Fax 033 225 82 02

# PROTOKOLL

## STADTRAT VON THUN

Sitzung 2/07 vom 15. Februar 2007, 17.00 Uhr, Rathaus Thun

---

### Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Gruber Damen und Herren Simon Bähler, Vreni Balmer, Renate Begré, Patric Bhend, Gerhard Bieri, Silvia Brandenberger, Katrin Briggen, Andrea de Meuron, Peter Dütschler, Eveline Fahrni, Peter Fahrni, Miriam Fluri, Martin Frei, Franziska Gyger, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Urs Hüttinger, Daniel Jacobsen, Ulrich Jost, David Külling, Raphael Lanz, Ruth Lengacher, Franz Liebi, Michael Lüthi, Rolf Marti, Matthias Mc Hale, Christoph Peter, Carlos Reinhard, André Roten, Max Sager, Christoph Scheidegger, Josef Schöpfer, Hans-Peter Steiner, Philippe Tobler, Matthias Wiedmer, André Wyttenbach, Matthias Zellweger
Gemeinderat	Stadtpräsident Hans-Ueli von Allmen, Damen Ursula Haller und Jolanda Moser, Herren Andreas Lüscher und Peter Siegenthaler
Verwaltung	Leiter Rechtsdienst Marius Mauron
Sekretariat	Vizestadtschreiber Remo Berlinger Protokollführerin Barbara Frantzen
Entschuldigt	Christina Jaccard, Ueli Spring

**Der Ratspräsident** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden.

## 11. Protokoll

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 19. Januar 2007**

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

## 12. Kommissionen

### **Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der Budget- und Rechnungskommission BRK**

Stadtratsbericht Nr. 7/2007

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

#### **Stadtratsbeschluss:**

Der Stadtrat von Thun, in Anwendung von Artikel 20 Absatz 2 und Artikel 21 Absatz 1 des Geschäftsreglementes des Stadtrates von Thun, beschliesst:

1. Als Präsident der Budget- und Rechnungskommission für die Jahre 2007 und 2008 wird gewählt: Konrad Hädener (FdM).
2. Als Vizepräsidentin der Budget- und Rechnungskommission wird für die Jahre 2007 und 2008 gewählt: Vreni Balmer (SP).

## 13. Kommissionen

### **Neubestellung der vom Stadtrat zu wählenden Kommissionen für die Amtsdauer 2007 bis 2010; Wahlkommission, Kadettenkommission, Pensionskassenkommission**

Bericht des Gemeinderates Nr. 8/2007

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

#### **Stadtratsbeschluss:**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 und 62 Stadtverfassung sowie Artikel 4 Kommissionenreglement, nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 26. Januar 2007 beschliesst:

1. Für die vierjährige, am 31. Dezember 2010 endende Amtsdauer werden gewählt:

#### **a) Wahlkommission** (Proporz über 15 Mitglieder gewährleistet)

Baumgartner Frieda, 1945, Verkäuferin/Hausfrau (SP)  
Dähler-Jecker Anna, 1943, Hausfrau/med. Laborantin (SP)  
Dällenbach-Schädeli Theres, 1961, Hausfrau/Primarlehrerin (FdM)  
de Stoutz Richard, 1952, Personalfachmann (parteilos; Sitz SP)  
Dellsperger Hans Peter, 1945, technischer Kaufmann (parteilos)  
Fäs Ruedi, 1932, dipl. Ing. HTL (FDP)  
Fausch Fritz, 1935, pens. Instruktor (parteilos)  
Feissli-Umhang Elsbeth, 1946, Sekretärin/Hausfrau (FDP)  
Godet André-Claude, 1945, eidg. dipl. EDV-Analytiker (parteilos; Sitz FDP)  
Guntelach Herbert, 1948, Gärtner (FdM)  
Haldimann Beat, 1968, Postangestellter (SP)  
Haueter Fritz, 1948, Käsermeister (SVP)

Hofmann Jürg, 1964, Festungswächter (SD)  
 Jacobsen Daniel, 1955, dipl. Bauleiter (SP)  
 Küpfer Emanuel, 1962, dipl. Kaufmann (EDU)  
 Leuenberger Marianne, 1948, Hausfrau (SP)  
 Liebi Franz, 1971, Hauswart (SVP)  
 Lörtscher Adrian, 1932, pens. Instruktor (FdM)  
 Marti Fridolin, 1941, Masch.-Ing. HTL (FDP)  
 Meier Theo, 1935, pens. Elektroing. HTL (SVP)  
 Meierhans Verena, 1950, wissenschaftl. Zeichnerin (SP)  
 Odermatt Eveline, 1962, Haus-/Geschäftsfrau (SVP)  
 Perincioli Lorenz, 1941, Maschineningenieur HTL (GFL)  
 Peter Christoph, 1976, Lehrer/Student (SVP)  
 Pitteloud Eric, 1962, Berufsschullehrer (FDP)  
 Röthlisberger Tony, 1941, dipl. Bauingenieur ETH (SP)  
 Schär René, 1967, eidg. dipl. Elektroinstallateur (parteilos)  
 Strasser Katharina, 1945, Haus-/Geschäftsfrau (SVP)  
 von Gunten Adrian, 1969, Krankenpfleger (FdM)  
 von Grünigen Markus, 1971, Architekt FH (GFL)  
 Wyttenbach André, 1972, Elektromonteur (SVP)

**b) Kadettenkommission:**

Balmer-Renggli Verena, 1955, Hausfrau (SP)  
 Erb Frei Marlene, 1959, Lehrerin (GFL)  
 Kriegel-Schluchter Bettina, 1970, eidg. dipl. PR-Beraterin (Fachvertretung)  
 Lanz Raphael, 1968, Fürsprecher / GP (SVP)  
 Pfäffli Roland, 1959, Lehrer (Fachvertretung)  
 Sommer Daniel, 1959, Primarlehrer (Fachvertretung)  
 Walther Markus, 1950, Geschäftsführer (SVP)  
 Wittwer Bernhard, 1954, Kaufmann (Fachvertretung)  
 Zöllig-Berger Susanne, 1966, Hausfrau (FDP)

**c) Pensionskassenkommission der städt. Pensionskasse (4 Arbeitgebervertreter):**

von Allmen Hans-Ueli, 1946, Stadtpräsident  
 Moser Jolanda, 1969, Vorsteherin Direktion Bau und Liegenschaften  
 Küng Hans Peter, 1958, Geschäftsführer  
 Wegmüller Daniel, 1955, Finanzverwalter

2. Den ausscheidenden und wiedergewählten Kommissionsmitgliedern wird der Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## 14. Motion M 8/06 betreffend Klare Verzichtsplanung statt lineares Sparen

### Bhend Patric (SP) und Mitunterzeichnende vom 21. September 2006; Beantwortung

**Patric Bhend** (SP) begründet seine Motion damit, dass bei den letzten Budgetprozessen nicht die angekündigten Kompromisse zwischen den Direktionen stattgefunden haben, sondern v. a. linear gespart wurde. Jede Direktion hat ihren Teil dazu geleistet, einzelne Massnahmen haben in der Bevölkerung Unmut geweckt, wie z. B. bei der Einsparung der Beiträge an die Schullager. Lineares Sparen ist nicht gut, wichtig ist das Was. Herr Bhend ist froh über die Empfehlung des Gemeinderates zur Annahme der Motion, damit der Stadtrat politisch mitbestimmen kann.

Sparen auf Basis einer Verzichtsplanung entspricht laut André Roten, **FDP-Fraktion**, den Vorstellungen seiner Fraktion. Das Gemeinwesen kann es sich schlecht leisten, immer neue Aufgaben anzunehmen

und ältere nicht abzugeben. Dies führt zu Konsum "auf Pump", wachsende Schuldenberge sind garantiert und bereits Wirklichkeit. Er beurteilt die Steigerung der Ertragsseite durch Leistung und Innovation als sehr positiv. Der Motionstext deutet eine Steuererhöhung an, was die FDP-Fraktion ablehnt. Die stetige Zunahme der Staatsquote ist nicht annehmbar. Herr Roten spricht sich für die Annahme der Motion aus.

Thomas Hiltbold, **GFL-Fraktion**, stimmt der Motion zu. In der Vergangenheit wurde in einem schmerzhaften Prozess überall wo möglich gespart. Er vergleicht die fünf Direktionen mit fünf Zitronen, von denen er den Eindruck gewonnen hat, dass sie ausgepresst sind. Die Motion weist einen neuen Weg. Gleichsam wird nun geschaut, welche Teile der ausgepressten Zitronen weggeschnitten werden können. Weder seitens der SP-Fraktion noch der FDP-Fraktion wurden Bereiche genannt. Nun muss an die Aufgabe heran gegangen werden, die GFL-Fraktion ist sehr gespannt auf das Ergebnis.

**Der Rat** nimmt die Motion einstimmig an.

## 15. Postulat P 7/06 betreffend weniger Verkehr im Oberbälliz

### SVP-Fraktion vom 21. September 2006; mündliche Beantwortung

**Gemeinderätin Jolanda Moser** erinnert daran, dass die Begegnungszone im Oberbälliz am 5. Dezember 2006 eingeführt wurde. Motorisierter Verkehr ist mit 20 km/h erlaubt, wobei Fussgänger Vortritt haben. Die Erfahrungen damit fehlen noch, es müssen weitere Abklärungen getroffen werden, auch über die Zufahrtsbeschränkung im Sinne des Postulates. Der Gemeinderat beantragt Zustimmung zum Postulat. Bekanntlich ist eine Initiative für eine fussgängerfreundliche Innenstadt hängig. Der Gemeinderat möchte die Fragen von Postulat und Initiative gemeinsam behandeln.

**Der Rat** nimmt das Postulat einstimmig an.

## 16. Postulat P 8/06 betreffend Monitoring der Nachhaltigkeit

### SP-Fraktion und GFL vom 2. November 2006; Beantwortung

Rolf Marti, **SP-Fraktion**, begründet das Postulat damit, dass das Projekt Lokale Agenda 21 in den Legislaturzielen 2002 - 2006 ursprünglich enthalten war, bei deren Revision jedoch gestrichen wurde. Dabei hat der Gemeinderat mitgeteilt, jedes künftige Projekt auf den Aspekt der Nachhaltigkeit hin zu prüfen, ohne auf das Wie einzugehen. Deshalb werden Indikatoren gefordert, welche die Nachhaltigkeit in Thun messen. Zudem sollen die Objektblätter im Richtplan damit versehen werden. Zwar wird in der Antwort des Gemeinderates gesagt, dass Indikatoren im Bereich Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft vorhanden sind und im Jahr 2005 auch gemessen wurden, anscheinend aber nicht in Thun. Kantone und Städte haben sich im so genannten "Cercle indicateurs" zusammen geschlossen, damit gemeinsam Indikatoren über die Qualität in Sachen Nachhaltigkeit etabliert und verglichen werden. Der Sprechende bedauert, dass Thun bei diesem Zusammenschluss nicht dabei ist, er hat erwartet, dass dies ein Ziel ist. Die Antwort des Gemeinderates bezüglich der Objektblätter im Richtplan ist grundsätzlich positiv, aber doch zögerlich ausgefallen, wenn es heisst, dass die Einführung von Indikatoren geprüft werden soll. Rolf Marti erachtet es als wichtig, dies möglichst zu tun. Ihn interessiert, bis wann die Aktualisierung des Richtplans Stadtentwicklung erfolgt. Er freut sich über die Empfehlung des Gemeinderates, das Postulat anzunehmen, wird aber sein Augenmerk darauf richten, dass die Massnahmen auch umgesetzt werden.

Die **SVP-Fraktion** hat das Postulat laut Christoph Peter dahin gehend verstanden, dass der Gemeinderat sagt, worauf er bei der Beurteilung von Nachhaltigkeit achtet. Der Begriff Nachhaltigkeit ist schwierig zu definieren und ein dehnbarer Begriff. Der Sprechende ist mit der Stellungnahme des Gemeinderates zufrieden. Indikatoren wie z. B. für Nitratgehalt, Gewaltdelikte oder Ozonwerte werden bereits erhoben. Wichtig ist, dass die Nachhaltigkeit an bereits verfügbaren Indikatoren gemessen wird, auf neue kostspielige Studien und Untersuchungen soll verzichtet werden. Die vorhandenen Daten sind ausreichend zur Feststellung der Nachhaltigkeit. In diesem Sinne stimmt die SVP-Fraktion dem Postulat zu.

Konrad Hädener berichtet von der weitgehend deckungsgleichen Haltung der **Fraktion der Mitte** mit derjenigen der SVP-Fraktion mit dem Vorbehalt, dass der Gemeinderat bei der Umsetzung ein gesundes Augenmass bezüglich der Kosten hält. In vielen Bereichen, wie z. B. dem finanziellen, sind genügend Indikatoren vorhanden. Im sozialen Bereich fehlen sie möglicherweise, die notwendigen Entscheidungsgrundlagen sind aber zugänglich. Ein riesiger Aufwand ist nicht im Sinne des Postulates. Ansonsten wird es zum ersten Opfer der anstehenden Aufgaben- und Verzichtplanung.

Martin Frei, **GFL-Fraktion**, freut sich über die Empfehlung des Gemeinderates zur Annahme des Postulates. Die ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft lassen Monitoring zu einem wichtigen Instrument werden, um schneller auf Entwicklungen zu reagieren. Der Beitritt zum "Cercle indicateurs" für Thun ist wünschenswert.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, hat verstanden, dass Nachhaltigkeit wichtig für Thun ist. Gleichzeitig hat er Kenntnis von verschiedenen Statistiken wie z. B. derjenigen der Schweizer Städte 2007. Die Daten und Benchmarks liegen vor und müssen nur noch ausgewertet werden. Er beantragt Annahme des Postulates und gleichzeitige Abschreibung des Vorstosses.

**Gemeinderätin Ursula Haller** dankt dem Rat für die gute Aufnahme. Der Gemeinderat versteht den Hintergrund des Vorstosses so, dass nicht bereits vorhandene Daten erhoben werden sollen, um zu prüfen, ob sie in einer akzeptablen Bandbreite liegen. Bei Abweichungen muss politisch gehandelt werden. Frau Haller bestätigt, dass der teilrevidierte Richtplan Stadtentwicklung solche Angaben über die nachhaltige Entwicklung enthält. Allerdings ist es wenig sinnvoll zu meinen, dass Berichte auf Schweizer Ebene ohne weiteres auf die Stadt Thun herab gebrochen werden können. Hier müssen spezifische Betrachtungen angewandt werden. Auf Grund aller vorhandener Daten und der vorhandenen Sensibilisierung wird der Gemeinderat die Sache aufmerksam beobachten. Frau Haller versichert, dass dies ohne "Papiertiger" geschieht, und Kosten und Nutzen im Auge behalten werden. Der Gemeinderat ist bereit zur Annahme des Postulates.

**Der Rat** nimmt das Postulat einstimmig an.

**Der Rat** lehnt den Antrag der FDP-Fraktion auf Abschreibung des Postulates durch Stichentscheid des Präsidenten bei 19 : 19 Stimmen ab.

## 17. **Postulat P 9/06 betreffend lokalpolitische Massnahmen bei Grenzwertüberschreitungen**

### **SP-Fraktion und GFL vom 2. November 2006; mündliche Beantwortung**

**Gemeinderätin Ursula Haller** teilt mit, dass der Gemeinderat die Annahme des Postulates empfiehlt. Das Thema interessiert immer wieder, zur Winterzeit v. a. im Zusammenhang mit Feinstaub. Die Ergebnisse kantonaler Konzepte sind abzuwarten. Verschiedene Massnahmen im Sinne des Postulates sind in Thun umgesetzt, z. B. bei der Fahrzeugbeschaffung. Im Planungsamt werden Vorarbeiten zum Monitoring für Massnahmen bezüglich Luftqualität auf Stufe Gemeinde geleistet. Vorgesehen ist ein breit gefächertes Massnahmenkatalog, worüber zum geeigneten Zeitpunkt Bericht erstattet wird. Wichtiger als die Produktion von weiteren Berichten ist die Sensibilisierung der Leute, wie dies beim Feinstaub mit den Aufruf zum Verzicht auf Cheminéeefeuerungen und Autofahrten durch den Umweltbeauftragten geschehen ist. In diesem Sinne soll die gute Vorbildfunktion in diesem heiklen Thema weiter geführt werden.

Renate Begré, **GFL-Fraktion**, freut sich über die gute Aufnahme des Postulates. Der Frage kann mit drei Haltungen begegnet werden: hilflos, resignierend oder pragmatisch. Das Postulat wählt die pragmatische Richtung. Viele kleine Schritte sollen für viele Leute sichtbar sein. Sie hat im Votum von Gemeinderätin Haller von den geplanten Massnahmen gehört, und hofft auch auf kurzfristige, kreative Massnahmen wie z. B. den Eintausch des Führerscheins gegen ein Bus-Abonnement.

**Der Rat** nimmt das Postulat mit 36 : 0 Stimmen an.

## 18. Interpellation I 7/06 betreffend "Gerberkäse verlässt Thun"

**Reinhard Carlos (FDP) und Mitunterzeichnende vom 21. September 2006; Beantwortung**

**Carlos Reinhard (FDP)** äussert sich als teilweise befriedigt und wünscht keine Diskussion.

**Gemeinderätin Ursula Haller** suggeriert dieses Votum, dass der Gemeinderat nicht alles Mögliche unternommen habe, und ergänzt zur schriftlichen Beantwortung, dass der Stadtpräsident nachträglich zusammen mit anderen Stadtvertretern mit Vertretern der Firma Emmi zusammengekommen ist. Sie zitiert die Aussagen von Emmi aus dem entsprechenden Protokoll „Thun hat absolut keine Fehler gemacht, die den Entscheid beeinflusst haben.“ Vom Moment der Kenntnisnahme an hat sich der Gemeinderat eingesetzt. Er wurde jedoch erst nach dem Entscheid darüber informiert. Der schriftlichen Antwort des Gemeinderates kann entnommen werden, welche Schritte vorher vorgenommen worden waren. Den Gemeinderat schmerzt der Weggang der Firma. Alle Mitarbeitenden haben einen garantierten Arbeitsplatz, es wurden keine Kündigungen ausgesprochen, der Arbeitgeber ist bereit zur Übernahme von Reisespesen. Seitens der Arbeitnehmenden sind vier bis fünf Kündigungen eingegangen von ausländischen Frauen, welche auf die Arbeit verzichteten. Wichtig zu wissen ist, dass der Gemeinderat alles Mögliche unternommen hat, was seitens der Firma Emmi offiziell bestätigt worden ist.

## 19. Interpellation I 8/06 betreffend Transparenz betreffend die Interessenbindungen der einzelnen Mitglieder des Gemeinderats

**SVP-Fraktion vom 21. September 2006; Beantwortung**

Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, äussert sich teilweise befriedigt und wünscht Diskussion.

**Der Rat** gewährt Diskussion.

Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates und insbesondere von der aktuellen Situation nur teilweise befriedigt und erkennt Handlungsbedarf. Es scheint, dass zusätzliche politische Mandate unproblematisch sind, weil sie im Interesse der Stadt liegen und vom Volk direkt bewilligt sind. Wenn die Situation kritisiert wird, ist dies nicht, weil Fehler vermutet werden, sondern weil in Zukunft die Situation ändern sollte; dies ist kein Vorwurf. Die SVP-Fraktion möchte wissen, wie hoch die Entschädigungen neben den Gemeinderatsmandaten sind. Der Gemeinderat will dies nicht bekannt geben, wofür die SVP-Fraktion Verständnis hat. Die Begründung mit der Offenlegungspraxis bei Firmen ist nicht überzeugend, dieses Problem kann durch die Angabe einer Gesamtsumme der Entschädigungen gelöst werden. Darauf hat der Gemeinderat verzichtet. Dies entspricht den geltenden gesetzlichen Grundlagen, die SVP-Fraktion hat Verständnis dafür und verfolgt es nicht weiter. Das Problem ist, dass nebst den Entschädigungen auch der Aufwand und die Nutzung der Infrastruktur der Stadt unbekannt sind. Obwohl ausgeführt ist, dass der Gemeinderat vom Stadtrat beaufsichtigt wird, verfügt dieser nicht über die Informationen, um der Aufsichtspflicht nachzukommen. Dies ist nicht befriedigend. Dass für ein Nebenamt keine Bewilligungspflicht besteht, ist diskutabel. Bei anderen Körperschaften wie z. B. beim Kanton müssen Nebenbeschäftigungen angegeben werden, einschliesslich des zeitlichen Aufwandes. Für die SVP-Fraktion ist eine Bewilligungspflicht in geeigneter Form allenfalls sinnvoll. Der heikelste Punkt sind mögliche Interessenskollisionen. Beispiele wie die Swissair haben gezeigt, dass es zuweilen nicht gut ist, wenn die Politik zu stark hinein redet. Dies ist auch in Thun möglich. Der Presse war z. B. zu entnehmen, dass Thunerinnen und Thuner möglicherweise zu hohe Abfallgebühren bezahlen, während die AVAG gleichzeitig hohe Betriebserträge verzeichnet. Der Sprechende kann den Zusammenhang nicht beurteilen. Hier zeigt sich das grundsätzliche Problem. Die Interessen der AVAG decken sich nicht notwendigerweise mit denjenigen der Thunerinnen und Thuner. Diese wollen möglichst wenig zahlen und tiefe Immissionen der Kehrverbrennungsanlage. Die AVAG hingegen strebt Auslastung der Kapazitäten und ein gutes Ergebnis an. Spannungsfelder in den Interessen sind situativ möglich, wenn ein Gemeinderat gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsrates der AVAG ist. Bei der Energie Thun AG behandelt der Gemeinderat möglicherweise die künftige Eigentümerstrategie. Als Mitglied des Verwaltungsrates der Energie Thun AG beschäftigt sich ein Mitglied des Gemeinderates mit der künftigen Unternehmungsstrategie. Das ist nicht dasselbe und es fragt sich, wie sich dieser Gemeinderat verhalten soll. Die SVP-Fraktion erachtet dies als problematisch. Raphael Lanz zitiert aus einem Beitrag

von Professoren in der NZZ „Regierungsmitglieder geraten als Verwaltungsräte potenziell in ein Dilemma zwischen strategischer Unternehmenssteuerung und politischer Aufsicht.“ Diese Analyse deckt sich mit derjenigen der SVP-Fraktion. Auch in der Parkhaus Thun AG sind von fünf Verwaltungsräten drei Mitglieder des Gemeinderates. Ein Standortentscheid für ein weiteres Parkhaus als Beispiel betrifft die Unternehmung direkt. Die Stadtverfassung sieht vor, dass der Gemeinderat in solchen Fällen in den Ausstand tritt, es entscheiden die zwei noch verbleibenden Gemeinderäte. Derzeit werden diese Bestimmungen im Gemeinderat aber nicht so ausgelegt. Raphael Lanz verweist auf die juristische Literatur, z. B. auf den Kommentar zum Gemeindegesetz, in welchem eine restriktivere Praxis befürwortet wird. Die Gefahr besteht, dass der Gemeinderat Entscheide fällt, welche rechtlich nicht unanfechtbar sind. Daran besteht kein Interesse. Im Weiteren ist die Kontrolle problematisch, der Gemeinderat kann sich an der Generalversammlung der Aktiengesellschaften selber Décharge erteilen. Dies ist nicht optimal. Die SVP-Fraktion will eine Änderung der gegenwärtigen Situation. Sie reicht einen entsprechenden Vorstoss ein, damit Gemeinderäte künftig nicht mehr in Verwaltungsräte von Beteiligungen wählbar sind. Die Regelung ist auch im Interesse des Gemeinderates und verhindert Interessenskollisionen im vornherein.

Verena Balmer, **SP-Fraktion**, ist erstaunt über die Interpellation der SVP-Fraktion. Einerseits sind diese Fragen ein grundsätzliches Thema ihrer eigenen Partei. Die SP-Fraktion will die Interessensabhängigkeiten des Gemeinderates der Bevölkerung offen legen, gerne auch die Einkommen daraus. Andererseits erinnert die Sprecherin an die jüngste Teilrevision der Stadtverfassung im September 2005, welche die Bevölkerung mit grossem Mehr angenommen hat. In einer stadträtlichen Spezialkommission war sie einstimmig verabschiedet worden. Die SP-Fraktion wollte die Arbeitsprozente der Mandatsträger ursprünglich tiefer ansetzen. Verena Balmer zitiert aus dem entsprechenden Protokoll ihrer Fraktion: "Wirkt sich die entsprechende zeitliche Belastung indessen auf die Verfügbarkeit des beanspruchten Pensums aus, sollte dieses konsequenterweise ebenfalls entsprechend reduziert werden." Der geltenden Pensenregelung wurde erst zugestimmt, als der Gemeinderat sich an einer gemeinsamen Sitzung mit der Spezialkommission vehement gegen eine höhere Pensenreduktion aussprach. Seine Begründung war, dass Anreize zur Übernahme für Ämter wie Nationalrat oder Verwaltungsratsmandate geschaffen werden müssen. Als weitere Begründung wurde angeführt, dass die Änderung des Systems keine Sparübung sein sollte. Die Übernahme von öffentlichen Mandaten ist nur von Vorteil für die Stadt, die SP-Fraktion wünscht im Gegensatz zur SVP-Fraktion ausdrücklich, dass der Gemeinderat in Gremien wie Energie Thun AG und Parkhaus Thun AG Einsitz nimmt und dies nicht einfach den Privaten überlässt. Alle Mandate des Gemeinderates sind im Behördenverzeichnis enthalten. Auch auf nationaler Ebene werden die Interessensbindungen offen deklariert, jedoch ohne Angabe der Entschädigungen, das muss auch die SP-Fraktion akzeptieren. Es ist unverständlich, dass die SVP-Fraktion so kurz nach Inkrafttreten des Reglements eine Motion einreicht, in der Vernehmlassung hat sie sich klar dafür eingesetzt, dass der Gemeinderat öffentliche Funktionen bekleidet.

Thomas Hiltbold, **GFL-Fraktion**, beurteilt die Interpellation und die Antwort darauf als interessant. Sie haben im Licht der letzten Wahlen an Wert gewonnen. Neu hat die Stadt Thun fünf Teilzeit-Gemeinderäte. Zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorstosses im September 2006 war dies so noch nicht bekannt. Die Frage nach den Nebenbeschäftigungen ist berechtigt. Der Stadtrat ist als Aufsichtsorgan gefordert, wie dies der Gemeinderat in seiner Antwort selber schreibt. Fraglich ist, wie der Stadtrat diese Aufgabe wahrnehmen soll, und ob die erwartete Eigenverantwortung des Gemeinderates ausreicht. In der Stadtratsvorlage zum Reglement war dazu lesen: „Es ist damit der persönlichen Verantwortung der Mitglieder überlassen, ob und wann sie bei sich die vertretbare Grenze als überschritten betrachten und für eine entsprechende Pensenreduktion (verbunden mit der entsprechenden Reduktion des Lohnes) optieren.“ Als Verantwortung wahrnehmendes Mitglied des Stadtrates reicht dies Thomas Hiltbold nicht. Es ist unbefriedigend, wenn der zeitliche Aufwand dieser Ämter und die Höhe des Verdienstes nicht bekannt sind. Zuweilen ist an der Höhe des Verdienstes eine Aussage zur Verantwortung der Ämter ablesbar. Er erwartet zumindest eine Angabe der Grössenordnung, nicht genaue Frankenbeträge. Es ist erlaubt, klüger zu werden, dazu müssen keine professoralen Aussagen konsultiert werden. Der Stadtrat muss sich fragen, wie er mit der Aufsicht umgehen will. Der Sprechende hat keine passende Antwort bereit. Möglicherweise ist dies ein Thema für die zuständige SAKO. Denkbar ist, dass der Gemeinderat in diesem Gremium andeutungsweise Angaben dazu macht, damit abschätzbar wird, ob dies so richtig ist. Das Thema ist für die GFL-Fraktion nicht erledigt, die Diskussion wird zu einem späteren Zeitpunkt sicherlich fortgesetzt.

**Patric Bhend** (SP) kennt Beispiele aus der Wirtschaft, wo Leute gleichzeitig in strategischer wie operativer Ebene tätig sind, dies auch in grossen und erfolgreichen Unternehmungen. Wo die Stadt mehrheitliche oder alleinige Besitzerin ist, muss sie Einfluss auf den Geschäftsgang nehmen, sowohl strategisch wie auch operativ. Im Stadtrat wurde in der Vergangenheit ein Vorstoss überwiesen, dass die Energie Thun AG, im alleinigen Besitz der Stadt, die Wasserpreise nicht in einem Schritt, sondern gestaffelt erhöht. Von der Energie Thun AG wurde der Vorstoss nicht ernst genommen. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt als Eigentümerin auf die Unternehmungen sind beschränkt. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat in diesen Gremien die Thuner Bevölkerung vertritt. Dies kann zu Konflikten führen, unbestrittenmassen im Bereich der Kontrolle und Erteilung der Décharge, hier sieht der Sprechende sehr grosse Fragezeichen. Der Vorschlag der SVP-Fraktion einer Tabula rasa ist die falsche Lösung. Vielmehr sollten andere Regelungen, wie z. B. die Bildung eines stadträtlichen Ausschusses zur Erteilung der Décharge die Kontrolle optimieren.

Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, führt als Beispiel die Swisscom an. Obwohl kein Mitglied des Bundesrates in deren Verwaltungsrat einsitzt, kann der Bund seine Interessen vertreten. Die SVP-Fraktion ist nicht der Meinung, dass der Gemeinderat die Interessen der Stadt nicht vertreten soll. In den städtischen Unternehmungen sollte der Gemeinderat nicht persönlich vertreten sein, er kann seinen Einfluss durch die Wahl des Verwaltungsrates geltend machen. Auf den Einfluss auf die Unternehmungen soll nicht verzichtet werden. Das Problem ist nicht, dass die strategische gegenüber der operativen Ebene Interessenskonflikte birgt. Vielmehr ist das Problem, dass der Gemeinderat das strategische Organ der Stadt ist, während ein Verwaltungsrat das strategische Organ der Firma ist. Je nachdem sind die Interessen nicht gleich gerichtet. Der Gemeinderat kann in grösste haftungrechtliche Probleme geraten, wenn nicht das Unternehmungsinteresse vertreten wird.

Im Namen des **Gemeinderates** verweist Marius Mauron, Leiter Rechtsdienst, auf den gleichentags eingereichten Vorstoss der SVP-Fraktion. Die Diskussion ist bereits auf die Interessenskollision verlagert. Er weist auf die widersprüchlichen Voten bezüglich Entschädigungsfrage hin. Der Stadtrat hat im Vorjahr das neue Reglement erlassen. Mit der Pensenreduktion ist die Frage der Entschädigung gelöst und soll nicht schon wieder Thema sein. Der Stadtrat hat damals diesbezüglich eine liberale Meinung vertreten. Die Mitglieder des Gemeinderates sollen Nebenämter in anderen Organen übernehmen dürfen. Es ist dem Gemeinderäten gemäss Reglement gestattet, die städtische Infrastruktur für die Ausübung eines Nebenamtes als Nationalrat oder Grossrat zu nutzen. Eine Erfassung des Zeitaufwandes findet nicht statt. Interessenskollisionen können vorkommen, in diesen Geschäften ist situativ der Ausstand möglich, es gibt keine generelle Ausstandspflicht im Gemeinderat. Die erwähnten Beispiele zeigen auch, dass der direkte Einfluss auf Unternehmungen wahrgenommen werden soll, z. B. beim Wasserpreis. In anderen Fällen ist dies weniger gewünscht, diesen wird mit Ausstand begegnet. Weitere Ausführungen des Gemeinderates folgen in der Antwort auf den eingereichten Vorstoss der SVP-Fraktion betreffend Vertretung in Unternehmen mit städtischer Beteiligung durch den Gemeinderat.

## 20. Interpellation I 9/06 betreffend Zeitpunkt der Lehrstellenausschreibung

**SVP-Fraktion vom 21. September 2006; Beantwortung**

Christoph Peter, **SVP-Fraktion**, ist teilweise befriedigt und verlangt keine Diskussion.

## 21. Fragestunde F 3/2007 betreffend Verkehrsmassnahmen Hofstettenstrasse

**Christoph Peter (SVP) vom 5. Februar 2007**

**Gemeinderätin Jolanda Moser** beantwortet die schriftlichen Fragen.

*Frage: Wurde der Gemeinderat bei der Planung der Verkehrsabwicklung während der Intensivbauphase konsultiert bzw. war er involviert?*

Antwort: Der Vorsteher Bau und Liegenschaften war informiert und die Verwaltung wurde vom Kanton bei der Konzepterarbeitung der Verkehrsführung/Umleitung mit einbezogen.



*Frage: Ist der Gemeinderat mit den publizierten Verkehrsmassnahmen einverstanden?*

Antwort: Ja, es gibt keine andere vernünftige Lösung. An einer Informationsveranstaltung wurden die Anliegen und Befürchtungen aufgenommen und bestmöglich berücksichtigt. Ziel des Kantons ist die optimale Information der Bevölkerung

*Frage: Glaubt der Gemeinderat auch, die geplante Umleitung bringe Probleme mit sich?*

Antwort: Auf der Umleitungsrouten wird es in der Zeit der Intensivbauphase wesentlich mehr Verkehr geben. Während dieser Zeit sind gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis aller Verkehrsteilnehmenden sowie der AnwohnerInnen erforderlich. Um die betroffene Bevölkerung auf die ausserordentliche Situation vorzubereiten, informiert der Kanton laufend. Mit dem nötigen Verständnis und dem Einhalten der Verkehrssignalisationen/Regeln durch alle Betroffenen sollte die Intensivbauphase bewältigt werden können.

## **22. Fragestunde F 2/2007 betreffend Aufklärung und Ahndung der Gewalttatsache auf 6 junge Erwachsene vom 28.01.2007**

**Külling David (EDU) vom 5. Februar 2007**

Schriftliche Frage: Die Teilrevision des Ortspolizeireglements 2006 erschwert es Gewalttätern, auf der Flucht vor Verantwortung in die Anonymität abzutauchen - zumindest auf Ahndungsebene im Rahmen von Demonstrationen. Die titelerwähnte schwere Gewalttat lässt verbleibende Sicherheitsdefizite auf der Aufklärungsebene vermuten. Ist der Gemeinderat im Rahmen des erkannten Handlungsbedarfes bereit, den Einsatz von (einem kleinen Bruchteil der Anzahl von 200 am Bahnhof Zürich installierten) polizeilichen Videoüberwachungskameras zur Prävention, frühzeitigen Beweissicherung und Täteridentifikation an neuralgischen Punkten der Thuner Innenstadt zu prüfen? Begründung: Gemäss Artikel 3 der Stadtverfassung plant und schafft die Stadt im Rahmen ihrer rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten die Voraussetzungen für ein sicheres, menschenwürdiges und auf gegenseitigem Respekt und Solidarität beruhendes Zusammenleben ihrer Bewohner und Bewohnerinnen. Laut Aussagen des neuen Vorstehers der Direktion Sicherheit und des neuen Chefs der Polizei Thun im Thuner Tagblatt vom 1. Februar 2007 bestehe Handlungsbedarf, damit Vorfälle wie jener des 28. Januar 2007 nicht wieder vorkommen.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** beantwortet die Frage. Die Stadt Bern hat bei Professor Markus Müller, Universität Bern, ein Rechtsgutachten über die Zulässigkeit des Einsatzes von Videoüberwachungen in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten ist am 8. August 2005 abgeliefert worden und kommt zum Schluss, dass eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum eine ausdrückliche formellgesetzliche Grundlage voraussetzt, und eine solche zurzeit im Kanton Bern nicht besteht. Die Gemeinden haben keine Rechtssetzungszuständigkeit in diesem Bereich, und können kein Reglement erlassen. Der Grosse Rat des Kantons Bern hat am 27. März 2006 zum Thema Videoüberwachung im öffentlichen Raum vier Motionen beraten und überwiesen sowie eine Interpellation beantwortet. Der Kanton will eine Rechtsgrundlage im Polizeigesetz schaffen und für die Gemeinden ein Musterreglement zum Einsatz von Videokameras zur Verfügung stellen. Sobald diese kantonalen Grundlagen vorliegen, ist der Gemeinderat bereit, den Erlass eines Videoreglementes für die Stadt Thun zu prüfen. Auf die Problematik braucht zum jetzigen Zeitpunkt nicht näher eingegangen zu werden, sie kann zur gegebenen Zeit umfassend diskutiert werden. Die schon heute z. B. von den SBB, Ladenbesitzern und Privaten betriebenen Kameras, welche nicht den öffentlichen Raum, sondern Areale überwachen, unterstehen einem "Hausrecht". Es gelten deshalb andere gesetzliche Voraussetzungen, namentlich ist keine Ermächtigungsnorm erforderlich. Der Einsatz ist zulässig, sofern die Datenschutzgesetzgebung eingehalten wird. Es bestehen sehr gute Aussichten, dass die Gewalttatsache vom 28. Januar 2007 auch ohne Videoaufzeichnung aufgeklärt und die Täterschaft ermittelt werden kann. Wie in den bisherigen ähnlichen, schon einige Jahre zurückliegenden Fällen im Selve-Areal und beim Bahnhof darf wieder mit einem Polizeierfolg gerechnet werden, obwohl "nur" mit konventionellen Methoden gearbeitet werden kann. Einmal mehr zeigt sich, dass die rasche Einschaltung der Polizei und v. a. die Aussagebereitschaft der Opfer die entscheidenden Erfolgsfaktoren darstellen.

## 23. Interpellation betreffend günstigen Wohnraum in Thun

### SP-Fraktion vom 15. Februar 2007; Abstimmung über die Dringlichkeit

Rolf Marti, **SP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit damit, dass die Stadt Thun auf Ende des Vorjahres Liegenschaften an der Siedlungsstrasse verkauft hat. 22 Mietparteien wurde gekündigt. Weil billiger Wohnraum knapp ist, will die SP-Fraktion wissen, was unternommen wird, um die betroffenen Personen zu unterstützen.

**Gemeinderätin Jolanda Moser** beantragt die Ablehnung der Dringlichkeit. Mitarbeitende ihrer Direktion suchen derzeit intensiv Ersatzlösungen. Die Dringlichkeit der Aufgabe ist allen bewusst.

**Der Rat** lehnt die Dringlichkeit mit 23 : 15 Stimmen ab.

## Mitteilungen

**Der Stadtratspräsident** teilt mit, dass Anmeldungen zum Stadtrats-Skirennen am 10. März 2007 entgegen genommen werden. Die Ratsmitglieder sind anschliessend an die Sitzung zur Finissage der Kunstaktion "Making Things" eingeladen.

## Eingänge

- Motion betreffend Vertretung in Unternehmen mit städtischer Beteiligung durch den Gemeinderat, SVP-Fraktion vom 15. Februar 2007
- Motion betreffend Uferweg Bahnhofareal Thun/Ländte BLS bis Schadaupark Thun, Fraktionen FDP, GFL, SP und Mitunterzeichnende vom 15. Februar 2007
- Motion betreffend Uferweg von Göttibach bis ins Gwatt - jetzt!, Patric Bhend (SP) und Mitunterzeichnende vom 15. Februar 2007
- Motion betreffend Erlass einer Weisung betreffend Beauftragung einer städtischen Läusecrew für Thuner Schulen; David Külling (EDU) und Mitunterzeichnende vom 15. Februar 2007
- Motion betreffend Konzept gegen Jugendgewalt, SP-Fraktion vom 15. Februar 2007
- Interpellation betreffend günstiger Wohnraum in Thun, SP-Fraktion vom 15. Februar 2007
- Interpellation betreffend verbindliche Massnahmen zur Senkung des CO2 Ausstosses, GFL-Fraktion vom 15. Februar 2007
- Interpellation betreffend Gewalt und Übergriffe in Thun, Fraktion der Mitte vom 15. Februar 2007

**Schluss der Sitzung 18.10 Uhr**

Der Stadtratspräsident:

Thomas Gruber

Der Sekretär:

Remo Berlinger